

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Unterstützung für unsere Wirtschaft im Land – Weltwirtschaft braucht Offenheit, Fairness und Regeln, keinen Protektionismus und Nationalismus

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag betrachtet die neue Zollpolitik der Trump-Administration mit großer Sorge. Das gilt für die sich bereits abzeichnenden Folgen für die Weltwirtschaft insgesamt, aber auch für die Volkswirtschaft und die eigene Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie wird auch in den USA selbst zu massiven Preiserhöhungen und gestörten Lieferketten und damit zu einer Rezession und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen.
2. Der Landtag erinnert an die jahrzehntelange transatlantische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA. Er betont die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit und Gemeinschaft in Zeiten globaler Herausforderungen und stellt sich klar hinter die Grundprinzipien des multilateralen, offenen, regelbasierten und fairen Welthandels und an die Seite einer kooperativen, solidarischen und verantwortungsvollen Weltwirtschaftspolitik.
3. Der Außenhandel Mecklenburg-Vorpommerns hat sich in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen gut entwickelt. Die klein- und mittelständische Wirtschaft unseres Landes zeigt sich robust und setzt weiter auf den Export, gerade auch in die USA, in die insbesondere im Jahr 2024 Schnittholz und Waren in Höhe von über 400 Millionen Euro aus dem Bereich der Metall- und Stahlbearbeitung geliefert wurden. Hier zeigen die Außenhandelszahlen der vergangenen Jahre eine grundsätzlich steigende Tendenz. Dies darf durch die US-Importzölle nicht gefährdet werden. Ein freier, multilateraler und fairer Handel auf Grundlage internationaler Regeln ist ein Grundpfeiler des wirtschaftlichen Wohlstandes Mecklenburg-Vorpommerns, Deutschlands und Europas. Gerade Deutschland als eine der weltweit führenden Exportnationen setzt weiter darauf.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene und mit Blick auf die Europäische Union für ein klares und geeintes Auftreten Europas einzusetzen, um die wirtschaftliche Vielfalt und Stärke der Europäischen Union zum Tragen zu bringen.
2. angemessene und entschlossene Reaktionen der Europäischen Union auf die Zollpolitik der Trump-Administration zu unterstützen, die zielgerichtet dort Gegenmaßnahmen umfasst, wo politische Wirkung entfaltet werden kann, ohne zentrale europäische Interessen zu gefährden.
3. sich dafür einzusetzen, dass alle zur Verfügung stehenden Gesprächskanäle auf nationaler wie europäischer oder multilateraler Ebene genutzt werden, um das Ingangsetzen einer verheerenden Eskalationsspirale zu verhindern und zu einem Miteinander auf der Basis etablierter internationaler Regeln zurückzukehren.
4. die erfolgreichen Außenhandelsaktivitäten der heimischen Unternehmen weiter zu unterstützen.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion